

Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 16.03.2022
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:06 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung

 es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

 Nichtöffentliche
Sitzung



Werner Jacob
Vorsitzender



Birgit Wesemann
Protokollführer

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Werner Jacob

Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Herr Michel Allmrodt
Herr Michael Bartoschewski
Herr Ralf-Peter Bierstedt
Frau Edith Braun
Frau Petra Fischer
Herr Marcus Graubner
Herr Peter Jagolski
Frau Carmen Kalkofen
Herr Wolfgang Kinszorra
Frau Steffi Kraemer
Herr Wilko Maatz
Herr Michael Nagler
Herr Dieter Pasiciel
Herr Björn Paucke
Frau Rita Platte
Herr Marco Radke
Frau Alexandra Schleef
Herr Dietrich Schultz
Herr Bodo Strube
Herr Daniel Wegener
Herr Sven Wegener

Ortsbürgermeister

Herr Gerhard Borstell
Herr Alexander Wittwer

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Abwesend:

Mitglieder

Herr Ralf Breuer	entsch.
Herr Dr. Frank Dreihaupt	entsch.
Herr Uwe Nastke	entsch.
Herr Karsten Paproth	unentsch.
Herr Christoph Plötze	unentsch.

Tagesordnung

zur Fortführung öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 02.03.2022 der EGem Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 16.03.2022, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>DS-Nr.</u>
7. Haushaltskonsolidierungskonzept 2022 - 2028	BV 669/2021
8. Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Doppelhaushaltes 2022/2023	BV 670/2021
9. Anfragen und Anregungen, Sonstiges	

Nichtöffentliche Sitzung

10. Abstimmungen über die Niederschriften der letzten nicht öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 08.12.2021
11. Informationen des Bürgermeisters
12. Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Öffentliche Sitzung

13. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
14. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
14. Schließung der Sitzung

Bevor **Herr Jacob** die Fortführung der Sitzung des Stadtrates (SR) vom 02.03.2022 eröffnet, begrüßt er alle Anwesenden. Entschuldigt sind Herr Breuer, Herr Nastke, Herr Schultz. Im Moment sind noch Herr Bartoschewski, Herr Graubner und Herr Plötze unentschuldigt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Öffentlicher Teil

TOP 7: Haushaltskonsolidierungskonzept 2022 – 2028 - Vorlage: BV 669/2021

Herr Jacob beginnt mit der Sitzung des SR und ruft den Tagesordnungspunkt (TOP) 7 auf. In der letzten Sitzung habe man über die Änderungsanträge, bis zum Pkt. 9 abgestimmt (s. Liste Zusammenstellung der Änderungsanträge). Heute geht es mit dem Pkt. 10 weiter.

Herr Bartoschewski und **Herr Graubner** nehmen an der Sitzung teil. Somit sind es 22 Stadträte (SR'e).

Herr Jacob ruft den Pkt. 10 mit der Bezeichnung zusammengefasster Maßnahmeplan auf. Der Einbringer ist die WG Zukunft. **Herr Nagler** informiert, dass man die Sachen, die man nicht umsetze, nicht in das Haushaltskonsolidierungskonzept (HKK) reinschreiben müsse. Entweder streiche man diese komplett oder man trenne diese. In der Liste stehe von der Verwaltung, dass es gesetzlich nicht zulässig sei, aber ohne Begründung und ohne die entsprechenden Gesetzesstellen. **Herr Brohm** sagt, bei den Lesungen des Haushaltes (HH) haben die SR'e schon zweimal die Ausführung der Kommunalaufsicht bekommen. Hier sei sie nicht nochmal dabei gewesen. Als der HH vor einigen Jahren von der Kommunalaufsicht beanstandet wurde, habe diese darauf hingewiesen, es

sei zu wenig, nur machbare Maßnahmen hinzuschreiben. Dafür gebe es eine gesetzliche Grundlage. Wie ein HKK auszusehen habe, sei ein Erlass vom Land. **Herr Nagler** erinnert an die namentliche Abstimmung, die die WG Zukunft in der letzten Sitzung beantragt habe.

Herr Jacob bittet um namentliche Abstimmung des Änderungsantrages, Pkt. 10.

Pkt. 10: *zusammengefasster Maßnahmenplan*

Herr Andreas Brohm:	Nein	Frau Steffi Kraemer	Nein
Herr Werner Jacob:	Nein	Herr Wilko Maatz	Nein
Herr Michel Allmrodt	Nein	Herr Michael Nagler	Ja
Herr Michael Bartoschewski	Nein	Herr Dieter Pasiciel	Enthaltung
Herr Ralf-Peter Bierstedt	Enthaltung	Herr Björn Paucke	Enthaltung
Frau Edith Braun	Nein	Frau Rita Platte	Enthaltung
Frau Petra Fischer	Nein	Herr Marco Radke	Nein
Herr Marcus Graubner	Nein	Frau Alexandra Schleef	Nein
Herr Peter Jagolski	Ja	Herr Bodo Strube	Nein
Frau Carmen Kalkofen	Nein	Herr Daniel Wegener	Ja
Herr Wolfgang Kinszorra	Ja	Herr Sven Wegener	Nein

Abstimmung Änderung: 4x Ja; 14x Nein; 4x Enthaltung

Herr Jacob ruft den Pkt. 11 mit der Bezeichnung Streichung HKK Maßnahme 78 auf. Der Einbringer ist die WG Zukunft. **Herr D. Wegener** sagt im Namen der WG Zukunft, diesen Antrag habe die WG Zukunft nicht gestellt. Wenn es so sein sollte, ziehen sie den Pkt. 11 zurück. **Herr Jacob** nimmt dies zur Kenntnis und merkt an, dann brauche man über diesen Pkt. nicht abstimmen.

Herr Jacob ruft den Pkt. 12 mit der Bezeichnung OR Bittkau – Stelle Jugendclub auf. Der Einbringer ist die Ortschaftsrat Bittkau. **Herr Wittwer**, Ortsbürgermeister von Bittkau, informiert, dass dieser Antrag im I. Quartal 2020 entstanden sei. In dieser Zeit habe man andere Corona-Bedingungen gehabt und die Jugendclubs seien die Einzigen gewesen, die schon Kinder betreuen durften. Der Jugendclub sei an 4 Tagen mit jeweils 3 Stunden geöffnet. Es habe Anfragen von Anwohnern gegeben, warum dies so sei. Das sei so, weil der Stundenumfang der Stelle nicht mehr hergebe. Wenn sich der Mindestlohn erhöhe, stehe man vor dem Problem, dass man die Stundenanzahl noch mehr reduzieren müsse.

Herr Jacob bittet um Abstimmung des Änderungsantrages, Pkt.12.

Pkt.12: *Ortschaft Bittkau – Stelle Jugendclub*

Abstimmung Änderung: 6x Ja; 9x Nein; 7x Enthaltung

Herr Jacob merkt an, der Pkt. 13 sei mit dem Pkt. 5 identisch und ruft den Pkt. 14 mit der Bezeichnung Personal für den Jugendclub auf. Der Einbringer ist die WG Altmark-Elbe. Beide neuen Jugendclubs sind in den Personalkosten eingeplant. **Frau Platte** zieht den Antrag zurück. **Frau Braun** informiert, dass Bittkau und Tangerhütte immer schon eine Betreuung hatten aber Grieben und Lüderitz nicht. Hier gehe es um die Gleichstellung.

Der Pkt. 15 ist identisch mit dem Pkt. 9. Darum ruft **Herr Jacob** den Pkt. 16 mit der Bezeichnung SWG Instandhaltungspauschale auf. Der Einbringer ist die WG Altmark-Elbe. **Frau Platte** schildert, dies habe man zusammen mit der WG Lüderitz gemacht, weil es uns in erster Linie betreffe. Eigentlich betreffe es die Dörfer insgesamt. Die Instandhaltungspauschale in Höhe von 7,00 € sei viel zu wenig. Dazu komme noch, dass man aus den Mieteinnahmen nicht nur die Instandhaltungspauschale für die Ortsteile, außer für Tangerhütte, nehme, sondern auch die Betriebskosten für den Sportverein Tangerhütte (ca. 15.000 €) bezahle. Seit der EGem-Bildung sei in den Wohnungen nichts gemacht worden. Man hatte eine Instandhaltungspauschale in Höhe von 9,00 € beantragt. Außerdem müsse man die Geschichte mit den Betriebskosten Sportverein Tangerhütte nochmal diskutieren, denn das gehe überhaupt nicht. **Frau Braun** pflichtet Frau Platte bei. Man hatte einen SR-Beschluss mit einer klaren Mehrheit über eine Instandhaltungspauschale in Höhe von 9,00 € pro m², für die vorhandene Wohnraumfläche, gefasst. Man habe aber nur die Summe für die vermietete Wohnraumfläche eingestellt. Die nichtvermieteten Flächen seien die desolaten Wohnungen (Leerstand). In Lüderitz seien es von 12 von 69 Wohnungen. Trotzdem habe Lüderitz, mit allen Abzügen, einen Überschuss. Für die Vereinsräume (Heimatismuseum, Schützenverein, Blaue Jungs) in der Otto-Nuschke-Straße in Tangerhütte kommen nochmal ca. 10.000 € an Betriebskosten dazu. Das dürfe nicht aus den kommunalen Wohnungen finanziert werden, denn das sei zweckentfremdend und ein Rechtsverstoß. **Frau Platte** findet, die SWG sei für die kommunalen Wohnungen sekundär da. Primär sei der Eigentümer verantwortlich.

Herr Jacob bittet um Abstimmung des Änderungsantrages, Pkt. 16.

Pkt. 16: *SWG Instandhaltungspauschale in Höhe von 9,00 €*, s. gefassten Beschluss des SR

Abstimmung Änderung: 20x Ja; 0x Nein; 2x Enthaltung

Herr Jacob ruft den Pkt. 17 mit der Bezeichnung Aufnahme Radweg zwischen Cobbel und Uetz auf. Der Einbringer ist die Ortschaftsrat Uetz. **Herr Brohm** gibt hierzu Informationen. Dies sei ein Antrag aus den HH-Beratungen von 2020. Hier sei es ähnlich wie mit dem Radweg in Schernebeck. Im Moment sollten Fördermittel zur Verfügung stehen, möglicherweise ab 2024 mit der neuen Leader-Richtlinie. Die Ortschaft Uetz habe signalisiert, dass die Eigenmittel alternativ organisiert werden. Diese Maßnahme sollte in der Liste verankert sein. **Herr Jacob** bittet um den genauen Beschlusstext. **Frau Schleef** begrüßt im Namen der UWGSA diesen Antrag und sagt, dies wäre auch kostenneutral. **Herrn Jacob** gehe es um die genaue Formulierung, um zu sehen, ob sich das Kostenneutrale im Antrag widerspiegelt. **Herr Brohm** liest diesen vor, der wie folgt lautet. „Aufnahme eines Radweges zwischen Cobbel – Uetz - bis zur Gemarkungsgrenze Bördekreis Richtung Bertingen in den Haushalt der EG Stadt Tangerhütte.“ **Frau Kraemer** weist darauf hin, dass dies für den HH 2022/2023 gedacht sei. **Herr Jagolski** wäre für eine Konkretisierung des Antrages und **Herr Jacob** merkt an, dies sei ein Antrag des Ortschaftsrates Uetz. Darum könne man diesen nur ablehnen und der Ortschaftsrat Uetz könnte diesen Antrag nochmal konkretisiert einbringen.

Herr Jacob bittet um Abstimmung des Änderungsantrages, Pkt. 17.

Pkt. 17: *Aufnahme Radweg zwischen Cobbel – Uetz*

Abstimmung Änderung: 6x Ja; 14x Nein; 2x Enthaltung

Herr Jacob ruft den Pkt. 18 mit der Bezeichnung Schaffung Stelle GWL auf. Der Einbringer ist die Verwaltung. **Herr Brohm** informiert, aufgrund der Entwicklung in jüngster Zeit habe die Verwaltung drei Anträge bzgl. Schaffung von Stellen eingebracht. Er liest die Begründung des Änderungsantrages vor, s. Anlage 1. Man habe festgestellt, dass der Umfang dessen, was man im Ehrenamt erwarte, gestiegen sei. **Herr Jagolski** wisse, dass man den Gemeindeführer (GWL) nicht ausschreibe, sondern wähle. **Herr Brohm** verneint dies und sagt, in einer Freitaginfo habe man eine Stellenbeschreibung beigelegt. Dies sei im feuerwehrtechnischen Dienst eine Beamtenstelle. Man benötige jemanden, der Fachkenntnisse von Feuerwehrevorgänge hat. Ziel sei es, den GWL in der Fw zu belassen und gleichzeitig ein hohes Maß an Sensibilität mit Verwaltung zu haben. Die Hauptteil der Aufgabe sei, 600 aktive Kameraden im Spiel zu halten. Es sei eine große Aufgabe, auf das Innenleben jeder Ortswehr positiv Einfluss zu nehmen. Aus diesem Grund sei der Wunsch, eine Beamtenstelle, die man berufen könne. Er gibt noch weitere Informationen zur Beamtenstelle.

Anschließend entsteht eine Diskussion, Beamtenstelle Ja oder Nein, besser anständig bezahlte Stelle, Stellenbezeichnung (GW-Leitung, Stabstelle Fw) der neuen Stelle, GWL nach Vorschlag OWL vom SR berufen, straffe Strukturen, keine Vermischung vom Ehrenamt und Hauptamt, finanzielle Auswirkungen bei Schaffung von 3 Stellen usw.. An dieser Diskussion beteiligen sich **Frau Platte, Frau Braun, Herr Graubner, Herr Nagler, Herr Jagolski, Herr Brohm, Frau Kraemer, Herr D. Wegener** und **Herr Jacob**.

Zum Schluss der Diskussion sagt **Herr Brohm**, die Stelle sei eine Stabsstelle GW-Leitung.

Herr Jacob bittet um Abstimmung des Änderungsantrages, Pkt. 18.

Pkt. 18: *Schaffung einer Stelle Gemeindeführer*

Abstimmung Änderung: 16x Ja; 2x Nein; 4x Enthaltung

Nach einer kurzen Pause zum Lüften ruft **Herr Jacob** den Pkt. 19 mit der Bezeichnung Schaffung Stelle Freibad/Bauhof Lüderitz auf. Der Einbringer ist die Verwaltung. **Herr Brohm** liest die Begründung des Änderungsantrages vor, s. Anlage 1. Das Ziel sei, 50 % Freibad Lüderitz und 50 % Bauhof, um die Öffnungszeiten aufrecht erhalten zu können. **Frau Braun** informiert, dass der Schwimmmeister Elternzeit nehmen wolle und deswegen könnte man das Freibad erst am 15.06.2022 öffnen. Das bedeutet, 4 Wochen Ausfallzeit.

Herr Jacob bittet um Abstimmung des Änderungsantrages, Pkt. 19.

Pkt. 19: *Schaffung Stelle Freibad/ Bauhof Lüderitz*

Abstimmung Änderung: 18x Ja; 0x Nein; 4x Enthaltung

Herr Jacob ruft den Pkt. 20 mit der Bezeichnung Schaffung Stelle Bauhof Bereich Elbe auf. Der Einbringer ist die Verwaltung, auf. **Herr Brohm** liest wieder die Begründung des Änderungsantrages vor, s. Anlage 1. Er gibt an, um die Schlagkraft zu erhöhen, möchte man hier für die beiden ehemaligen geringfügig Beschäftigten eine Vollzeitstelle schaffen. **Frau Platte** findet, dies sei absolut notwendig. Immerhin soll der Bauhof bis Kehnert/Sandfurth arbeiten. Dafür benötige man noch ein Auto.

Herr Jacob bittet um Abstimmung des Änderungsantrages, Pkt. 21.

Pkt. 21: *Schaffung Stelle Bauhof Bereich Elbe*

Abstimmung Änderung: 19x Ja; 0x Nein; 3x Enthaltung

Herr Jacob ruft den Pkt. 21 mit der Bezeichnung Flächennutzungsplan Haushalt 2022 auf. Der Einbringer ist Frau Braun. **Frau Braun** meint, angesichts der neuen Situation, die auf uns zu komme, seien sich alle einig, dass man nach 12 Jahren dringend einen Flächennutzungsplan (F-Plan) benötige. Egal was dies koste. Dafür gebe es Fördermittel. **Herr Brohm** informiert über den Kompromiss in der letzten HA-Sitzung und zwar 2022/2023. Lt. Förderrichtlinie könne man den Antrag auf Förderung bis Ende März stellen. Dies halte er für dieses Jahr unmöglich, weil man bis dahin keinen genehmigten HH habe. Hier müsse man sich die Frage stellen, welche Relevanz habe dies für den HH 2022. D.h., für 2023 könne man den F-Plan beschließen aber nicht für 2022. **Frau Platte** begründet, warum sie für die Erstellung des F-Plans im HH-Jahr 2022 sei. **Frau Braun** sehe es wie Frau Platte und **Herr Graubner** stellt *den Änderungsantrag, den F-Plan bereits für das HH-Jahr 2022 zu beschließen*. **Herr D. Wegener** spricht davon, wie man das mit Leaderprojekte. **Herr Brohm** klärt über den Ablauf der Leaderprojekte auf und sagt, das sei ein wesentlicher Unterschied.

Herr Jacob bittet um Abstimmung des Änderungsantrages von Herrn Graubner, *den F-Plan bereits für das HH-Jahr 2022 zu beschließen*.

Abstimmung Änderung: 10x Ja; 9x Nein; 3x Enthaltung

Herr Jacob bittet um Abstimmung des geänderten Änderungsantrages, Pkt. 21.

Pkt. 21: *F-Plan bereits für das HH-Jahr 2022 beschließen*

Abstimmung Änderung des Änderungsantrages: 12x Ja; 5x Nein; 5x Enthaltung

Nach der Einarbeitung der Änderungen hätte **Herr Nagler** gern digital den geänderten HKK und den geänderten HH. **Herr Jacob** fasst zusammen, dass was der Landkreis zur Genehmigung bekommt, möchte der SR auch sehen.

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 669/2021, mit den beschlossenen Änderungen.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt auf Grundlage des § 100 Abs. 3 und 5 Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.Juni 2014, in der jeweils zuletzt geänderten Fassung, das Haushaltskonsolidierungskonzept der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Jahre 2022 – 2028 gemäß beiliegender Fassung, mit den verabschiedeten Änderungsanträgen.

Abstimmungsergebnis: 17x Ja; 3x Nein; 2x Enthaltung => beschlossen

TOP 8: Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Doppelhaushaltes 2022/2023

Vorlage: BV 670/2021

Herr Jacob schlägt vor, alle Änderungsanträge mit den jeweiligen Abstimmungsergebnissen, die man eben im HKK (BV 669/2021) beschlossen habe, im Block und mit namentlicher Abstimmung zu beschließen und das in den HH 2022 zu übertragen. **Frau Platte** möchte dann das Protokoll so ausführlich haben, dass das nachvollziehbar sei. **Herr Nagler** wird der Blockabstimmung nicht zustimmen, denn er möchte sein QM (Qualitätsmanagement) aus der Liste haben. Entweder ordnet man die Änderungsanträge zu und wenn man dies nicht zuordnen könne, gehöre es zu beiden Beschlüssen oder Herr Jacob lässt nochmal über alle Änderungen einzeln abstimmen.

Herr Brohm meint, die Änderungen im HKK wolle man doch auch für den HH gelten lassen. Wenn man sicher sein wolle, gehe man jeden einzelnen Änderungsantrag nochmal durch. **Einige SR'e** rufen etwas ohne Mikrofon. Daraufhin sagt **Herr Brohm**, „er schlage vor, mit den Änderungen aus dem HKK beschließen wir den HH. Dann müsse man noch die Änderung aus dem Januar vorliegende HH-Dokument und die Änderung, nur den HH 2022, beschließen“. Das sei auch **Herrn Jacobs** Vorschlag. Man könne über die Verfahrensweise abstimmen lassen.

Herr Jacob bittet um Abstimmung, dass man die *Änderungen aus dem HKK im Block abstimme*.

Abstimmung: 21x Ja; 0x Nein; 1x Enthaltung

Herr Nagler möchte wissen, wie stelle man die Anschubfinanzierung für den Wildpark im HH dar und woher nehme man das Geld? **Herr Brohm** schlägt vor, man nehme die Anschubfinanzierung aus den gleichen Topf, woraus man das IGEK, den F-Plan und den Personalaufwuchs bezahle.

Herr Nagler habe ein Problem, damit klar zu kommen. Man habe gesagt, es sei das HH-Dokument vom Stand Januar 2022. Dies habe er sich zuschicken lassen. Wenn man schaue, was jetzt im HH-Dokument stehe, habe man dort einfach Sachen geändert. Im HH werde wohl weitergearbeitet aber die Frage ist, stehen dann bei der 2. und 3. Sitzung jeweils andere Zahlen drin als im Januar oder im Februar? **Herr Brohm** sagt, wenn man heute den HH beschließen, müsse man morgen rechnen.

Herr Nagler unterbricht Herrn Brohm und sagt zur Anschubfinanzierung, im HH-Dokument, was man heute beschließen wolle, stehe für 2020 als Ergebnis für Vereinsförderung Zuschuss des Betreibervereins 100.000 € drin sowie im Ansatz für 2021. Für 2022 stehe kein Betrag mehr drin, weil es den Betreiberverein nicht mehr gebe. Wenn man sich das HH-Dokument der letzten Sitzung und der heutigen Fortführung anschau, stehen dort beim Zuschuss des Betreibervereins Ansätze für 2022, fortlaufend bis 2026, in Höhe von 25.000 € drin, obwohl es den nicht mehr gibt. Er fragt sich, habe das einen Hintergrund oder sei das Absicht? Wie das HH-Dokument im Januar war, sei korrekt gewesen. Oder habe man noch für die nächsten Jahre Schadenersatzforderungen zu erwarten, die man an den Betreiberverein zahlen müsse? **Herr Brohm** antwortet, es sei so wie in der Liste dargestellt. Bislang habe man für die Gründung nur die 25.000 € im Dokument drin. Die 25.000 € sei unsere (SR) Änderung. Vorher habe 75.000 € bis 2028 drin gestanden. Dann habe man sich für eine gGmbH entschieden und sei davon ausgegangen, dass die sich allein finanzieren könne. Er bittet Herrn Nagler, dass er die Punkte nennt, wo es anders stehe. Für den Wildpark gebe es keine Förderung, die jährlich irgendwie dargestellt sei. Es sei eine Anschubfinanzierung von 100.000 €. **Herr Nagler** merkt an, dann müsse man im aktuellen Dokument, was in Mandatos liege, reinschauen und die 25.000 € woanders verteilen. Das gleiche Problem sei bei der Schulküche Lüderitz. Dort seien auf einmal Aufwendungen höher und anders als im Januar. Er habe ein Problem damit, dass heute andere Zahlen drin stehen. Es könne nicht im Sinne des Erfinders sein, wenn jemand eine Änderung habe, dass er jedes Mal 700 Seiten neu durcharbeiten müsse. In dieser Form habe er das noch nicht erlebt und er werde auch nicht zustimmen. Eine Schulküche Lüderitz sollte nicht immer ein bisschen minus machen, sondern mit 200,00 € bis 300,00 € in plus sein. Im HH-Jahr 2020 sei es ein Zuschuss von ca. 12.000 € gewesen. Wenn man mit unseren Steuergeldern einen Zuschuss für eine kommunale Einrichtung gebe, finanziere man das Essen von den Rentnern und Kindern von Lüderitz mit. Das sei eine Ungleichbehandlung.

Frau Platte fragt, das sei doch der HH von 2022? **Frau Braun** bestätigt dies. **Frau Platte** spricht das nur an, weil hier immer noch HH 2022/2023 stehe und es keine Austauschseite gegeben habe. Für die Grundsteuern A und B habe es eine Austauschseite gegeben. **Herr Jacob** weist darauf hin, dass man eben gesagt habe, dass unsere Änderungen. **Frau Platte** unterbricht Herrn Jacob und sagt, das müsse man wirklich so formulieren, dass nichts durch die Hintertür reinkomme. **Herr Jacob** führt an, wenn man die Änderungen aus dem HKK im Block zustimme, sei das sicher. Eine Änderung sei, kein Doppel-HH. **Frau Platte** könne nachvollziehen, das aufgrund der Vielzahl der Sitzungen, dass hier nicht 100 % korrekt sei, denn die Verwaltung sei damit sicherlich überfordert, aber sie möchte das nochmal wissen. Frau Platte möchte ihr Gesagtes niedergeschrieben haben. Seitdem man eine EGem sei, müsse sich **Frau Braun** von Tangerhütter SR'e ständig vorhalten lassen, dass die Grundschule Lüderitz immer noch eine Schulküche habe. Als Lüderitz selbstständig gewesen war, habe sie sich diese Schulküche geleistet. In der Schulküche stehen die Gerätschaften seit 1992 und während der halbjährigen HH-Diskussion sei in der Schulküche der Kombi-Dämpfer kaputt gegangen und musste neu angeschafft werden. Überall richte man die Schulküchen wieder ein, weil man den Vorteil des gesundheitlichen Essens erkannt habe. 2017 habe es in Lüderitz eine Preiserhöhung gegeben, Erwachsene 4,00 € und Kinder 2,50 €. Die Küchenfrauen gehören zum öffentlichen Dienst und seien genau im Tarifrecht integriert wie die Verwaltung. Die Betriebskosten, der Strom usw. werden auch teurer.

Herr Kinszorra habe in der VST gelesen, dass die Verbandsgemeinde Elbe-Heide den Radweg Uchtdorf - Burgstall nicht weiter verfolge. Wenn es in der VST keine Fake News sei, könnte man die 10.000 €, die man mit Datum vom 03.02.2022 als red. Änderung aufgenommen habe, sparen und streichen. Er fragt Herrn Brohm, ob es dazu Erkenntnisse gebe. **Herr Brohm** antwortet, nach einem mündlichen Gespräch mit dem BM der Verbandsgemeinde Herr Schmette habe man den Radweg zurückgezogen. Er habe es aber so verstanden, dass sie immer noch dran seien und er habe kein verbrieftes schriftliches Dokument in der Hand. Deshalb könne er nicht darüber informieren, was letztendlich passiere. **Herr Bartoschewski** gibt Herrn Kinszorra und Herrn Brohm recht. Die Verbandsgemeinde und Herr Schmette befürworten diesen Radweg nicht. Dennoch verfolge Herr Miehe, BM von Burgstall, dies weiter. Leider sei das Förderprogramm Stadt-Land erschöpft. Aktuell sei man auf Suche nach einem anderen Fördertopf. Das Ziel sei, dort einen Radweg zu bauen. Deswegen wäre es schön, die 10.000 € in der Liste stehen zu lassen.

Herr Jacob bittet für die im HKK verabschiedeten Änderungen für die BV 670/2021 komplett zu übernehmen, s. Anlage 2. Er bittet um eine namentliche Abstimmung.

Herr Andreas Brohm:	Ja	Frau Steffi Kraemer	Ja
Herr Werner Jacob:	Ja	Herr Wilko Maatz	Ja

Herr Michel Allmrodt	Ja	Herr Michael Nagler	Nein
Herr Michael Bartoschewski	Ja	Herr Dieter Pasiciel	Ja
Herr Ralf-Peter Bierstedt	Ja	Herr Björn Paucke	Ja
Frau Edith Braun	Ja	Frau Rita Platte	Ja
Frau Petra Fischer	Ja	Herr Marco Radke	Ja
Herr Marcus Graubner	Ja	Frau Alexandra Schleef	Ja
Herr Peter Jagolski	Ja	Herr Bodo Strube	Ja
Frau Carmen Kalkofen	Ja	Herr Daniel Wegener	Enthaltung
Herr Wolfgang Kinszorra	Nein	Herr Sven Wegener	Ja

Abstimmung Änderungen: 19x Ja; 2x Nein; 1x Enthaltung

Herr Jacob bittet um namentliche Abstimmung der BV 670/2021, mit den Änderungen.
Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt auf der Grundlage des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014, in der jeweils zuletzt geänderten Fassung die Haushaltssatzung § 100 und den Haushaltsplan § 101 der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für das Haushaltsjahr 2022 und 2023 gemäß beiliegender Fassung.

Herr Andreas Brohm:	Ja	Frau Steffi Kraemer	Ja
Herr Werner Jacob:	Ja	Herr Wilko Maatz	Ja
Herr Michel Allmrodt	Ja	Herr Michael Nagler	Nein
Herr Michael Bartoschewski	Ja	Herr Dieter Pasiciel	Ja
Herr Ralf-Peter Bierstedt	Ja	Herr Björn Paucke	Ja
Frau Edith Braun	Ja	Frau Rita Platte	Enthaltung
Frau Petra Fischer	Ja	Herr Marco Radke	Ja
Herr Marcus Graubner	Ja	Frau Alexandra Schleef	Ja
Herr Peter Jagolski	Ja	Herr Bodo Strube	Ja
Frau Carmen Kalkofen	Ja	Herr Daniel Wegener	Nein
Herr Wolfgang Kinszorra	Nein	Herr Sven Wegener	Ja

Abstimmungsergebnis: 18x Ja; 3x Nein; 1x Enthaltung => beschlossen

TOP 9: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Herr Brohm möchte in Rückbetrachtung auf die letzte abgebrochene SR-Sitzung vom 02.03.2022 gehen und den Pressebericht richtig stellen, der falsch gewesen sei. Der Verlauf und der Grund, was dort passiert sei, waren die abschätzigen Bemerkungen von Herrn Nagler, in einer Weise, die man so nicht durchgehen lassen könne. Hier sei nicht die Amtsleiterin explodiert, sondern der BM ist ausgetickt. Aus seiner Sicht habe es die emotionale Regung gegeben. Früher sei alles gegen ihm gegangen und er habe geglaubt, er müsse es ertragen, weil er gewählt ist. Er könne es auch ertragen. Das habe dazu geführt, dass hier der Ton und die Kommunikation völlig daneben laufe. Hier gebe es viele, die sich fremd schämen und hinterher sagen, das sei wieder schlimm gewesen. Am liebsten wären sie nach Hause gegangen. Wir wissen und das habe man auch in Runden gespiegelt bekommen, wie das Ehrenamt das auch nicht als Wertschätzung wahrnehme, wie man hier diskutiere. Aus diesem Grund habe er entschieden, dass die Amtsleiterinnen heute zu Hause bleiben. Er lädt alle ein, sich gegenseitig zu hinterfragen, wie man hier miteinander umgehen wolle. Man könne Kritik äußern und man habe nicht den Anspruch, dass man alles wisse aber man müsse einen anderen wertschätzenden Ton finden. Er hoffe, dass man ein anderes Miteinander finde, denn so könne es nicht weitergehen.

Frau Platte sei mehrfach bei Herrn Brohm gewesen, auch nach Sitzungen, die so abgelaufen seien und habe versucht, Herrn Brohm an ganz konkreten Dingen zu sagen und zu erklären, warum es zu solchen Diskussionen und Entwicklungen komme. Aus ihrer Sicht liege das in vieler Hinsicht daran, wie die vorbereiteten Sachen aus der Verwaltung kommen. Trotz Hinweisen ändere sich nichts. Das sei die Einstellung der Verwaltung zum SR.

Herr Bierstedt hat vor 14 Tagen nach der Beseitigung der Sturmschäden im Raum Briest nachgefragt. Bis jetzt habe sich dort überhaupt nichts getan. Nach wie vor sei der Weg in Richtung Tanger bzw. ein Feldweg am Ortsrand von Briest nicht befahrbar oder betretbar. Die Waldflächen seien in Privatbesitz. Wie sieht es mit einer Ersatzvornahme aus? Oder habe sich die Familie in der Verwaltung gemeldet? Herr Brohm antwortet, eine Ersatzvornahme habe einen verwaltungstechnischen Vorlauf. Die Verwaltung hoffe, dass das bald abgearbeitet sei und wird dem SR den aktuellen Stand mitteilen.

Frau Kraemer möchte wissen, wer ist für die Sauberkeit der Turnhalle, ehem. Ringerhalle, zuständig? **Herr Brohm** antwortet, der Hausmeister. **Frau Kraemer** bittet, dies zu kontrollieren. Sie mache dort jeden Mittwoch Sport und habe heute festgestellt, dass die Turnhalle sehr schmutzig gewesen sei.

Herr Graubner kommt auf die Erklärung des BM zurück. Es sei löblich, dass er sich vor seine Mitarbeiter stelle. Leider habe sich dieser Ton am Montag in der HA-Sitzung fortgesetzt. Da sei dieser Ton so weit gegangen, dass verdiente SR'e wie Frau Braun und Frau Platte den Saal verlassen haben. Er selbst habe kurz davor gestanden, den Saal zu verlassen. Er bittet darum, zu einem fairen Umgang miteinander zurückzukommen.

Herr Nagler gibt an, er habe in der Sitzung am 02.03.2022 nicht geschrien. Man könne Fehler machen, dass er jedem zugestehe, aber der Umgang damit, sei katastrophal. Gerade bei der Amtsleiterin sei keine Besserung zu sehen. Er rücke von dem, was er in dieser SR-Sitzung vorgetragen habe, keinen Millimeter ab. Das könne er auch nicht in Watte verpacken. Wenn Kritik geäußert werde, könne man das logischerweise nicht nett und schön machen und das höre man auch an der Tonlage. Das müsse die Amtsleiterin abkönnen. Seine Fraktion (WG Zukunft) habe darauf hingewiesen, dass aus Sicht seiner Fraktion die Vorgehensweise nicht korrekt sei. Der SR-Vorsitzende habe sich vor der Sitzung bei der Kommunalaufsicht rückversichert und habe etwas bekommen. Dann sei hier eine elende Diskussion gewesen. Wegen dieser Sache müsse man sich das 3. Mal treffen, was eigentlich nicht nötig gewesen wäre. Es wurde nicht einmal in der 1. Sitzung überlegt, ob man sage, man mache früher in irgendeiner Form einen Kompromiss, um das zu regeln. Sogar am Ende habe seine Fraktion gesagt, man könne es so oder so vernünftig regeln, aber es habe keine Möglichkeit gegeben. Die Kommunalaufsicht habe die Ansicht der WG Zukunft geteilt. An der Stelle wäre es gut gewesen aber nein, es werde sich vorn hingestellt, dass bezweifelt und so getan, als ob Herr Sieler nicht wisse, was er macht. Genauso sei es vor 4 Jahren schon einmal gewesen. Das sei nicht in Ordnung. Man könne falsch liegen oder Fehler machen, aber wenn man eine Entscheidung von oben habe, müsse man diese akzeptieren. Wenn einem die Entscheidung nicht gefalle, könne man sich an das Landesverwaltungsamt oder an das Verwaltungsgericht wenden. Habe man das nicht vor, müsse man die Entscheidung akzeptieren und nicht ins Lächerliche ziehen. Das was Frau Platte gesagt habe, sei 100 % zu unterschreiben. Der SR wird nicht ernst genommen. Wie sich der BM benommen habe, sei der eigentliche Skandal gewesen. Er habe auch Frau Wesemann (Protokollantin) gebeten, dies wortwörtlich niederzuschreiben. Falls eine Beleidigung gefunden wird, bittet er darum, ihn anzuzeigen. Das werde wahrscheinlich schwierig sein, weil es nur Kritik gewesen sei, die hart in der Sache geäußert wurde, aber nicht beleidigend. Der BM könne sich gern vor die Mitarbeiter stellen, aber in einer anderen Form und im Nachgang zu überlegen, ob an dem Gesagten etwas Wahres dran sei. Die Selbstreflexion passiere nicht. Der BM habe keinen Verwaltungshintergrund und seine beiden Mitarbeiter auf der nächsten Ebene haben keine entsprechenden Lehrgänge. Das sei ein Fakt. Seine Meinung sei, es würde gut zu Gesicht stehen, wenn einer von den beiden Mitarbeitern die bestimmten Verwaltungslehrgänge, die in Magdeburg über 2 bis 3 Jahre angeboten werden, machen. Wenn man meint, man benötige diese Lehrgänge nicht, müsse man, wenn man öfter mal falsch liege, die Kritik aushalten. Herr Wohlt (ALZ) könne auch nochmal in sich gehen. Was er seiner Fraktion in seinem Artikel vorgeworfen habe, dass seine Fraktion hier Erpressung usw. mache, sei unmöglich. Der Artikel von Herrn Wohlt habe unterstellt, dass sein Fraktion hier alles in Bewegung setze, damit seine Fraktion die Anträge durchbekomme. Dabei geht es darum, dass seine Fraktion eine andere Auffassung gehabe habe, die im Nachgang bestätigt wurde. Nur als Hinweis, das hätte man neutraler darstellen können. Im Endeffekt müsste Herr Wohlt seinen neuen Artikel umschreiben und er würde ein bisschen mehr Qualität erwarten. Herr Nagler steht 100 % hinter seiner Kritik.

Herr Kinszorra seine Anmerkung schließt sich dem an, was Herr Graubner und Herr Nagler gesagt habe. Zum Eklat, den der BM heute im öffentlichen Teil wiederhole, schlage er dem SR-Vorsitzenden vor, dass sich die Beteiligten das Hörprotokoll anhören und dazu großzügiger Weise die Medien (ALZ, VST) mit einzuladen, die sich das ebenfalls mit anhören können. Dann könne man genau entscheiden, ob Herr Nagler beleidigende Äußerungen durchgeführt habe. Er findet es schlecht, dass der BM hier im öffentlichen Teil damit anfängt, um evtl. den SR zu diffamieren. Er sei derselben Meinung wie Herr Graubner, dass in der letzten HA-Sitzung ein schlimmer Eklat gewesen sei. In dieser Sitzung sei in einem unsäglichem Stil rumgebrüllt worden, dass man als SR überlegt habe, was man jetzt machen solle, bleiben oder gehen, Wir sind geblieben und haben die Sitzung für die Sache weitergeführt. Er bittet Herrn Jacob, zu überlegen, ob man den Mitschnitt in dieser Runde anhören könne, mit Frau Altmann, dem BM, mit SR Nagler, mit dem SR-Vorsitzenden Herrn

Jacob, er selbst als Zuhörer und die anwesenden Berichterstatter der beiden Zeitungen, um zu hören, was da wirklich abgelaufen ist. Die Qualifikation der Verwaltungsmitarbeiter findet er ganz wichtig. In der nächsten SR-Sitzung sollte man im nichtöffentlichen Teil einen TOP aufnehmen, wie man hier die Verwaltung nach Sicht des Hauptverwaltungsbeamten organisieren. Der BM müsse das durchführen, was der SR beschließt und nicht umgekehrt.

Herr D. Wegener macht eine kurze Anmerkung zu den Äußerungen von Frau Braun, in der SR-Sitzung am Freitag, den 11.03.2022. Er selbst habe als SR-Mitglied nicht teilgenommen und Frau Braun habe geäußert, dass man lieber zu Hause sitze und die Beine hochhebe. Das stimme nicht. Er hätte gern die Einladung etwas früher erhalten, denn ein Freitagabend sei nicht für eine Sitzung vorgehalten, weil das unüblich sei. Am Montag, im Sozialausschuss (SA), habe man mit keinem Wort erwähnt, dass am Freitag eine Sonder-SR-Sitzung stattfinden werde. Frau Altmann hätte uns informieren können. Dann hätte man es noch organisieren können aber nicht 3 Tage vor der Sitzung.

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts habe ein Bürger **Herrn D. Wegener** angesprochen und gefragt, wie es damit aussieht, unsere Stadt und unsere EGem teilweise energieautark zu gestalten. Daraufhin habe er gesagt, hier habe es schonmal Ideen gegeben, als Tangerhütte noch eigenständig gewesen sei. Gefühlt vor 2 oder 3 Jahren hatte die CDU einen Antrag gestellt. Er wisse nicht, was aus diesem Antrag geworden sei. Wie sieht das aus? Man habe jetzt Informationen bekommen, dass evtl. einige gemeindliche Dächer mit Solar bestückt werden sollen. Habe die Gemeinde was davon? Er bittet um Information. **Herr Brohm** antwortet, energieautark sei nur ein Grundsatzbeschluss der CDU, denn dort stehe nichts konkretes drin. Wenn man Geld hätte, könnte man sich Module hinstellen und Energie produzieren. Damit wolle er sagen, es müsse im HH stehen. Aktuell gebe es möglicherweise bis zu 10 verschiedene Solarprojekte, die man in verschiedene Foren diskutiere oder die von Landwirten herangetragen werden. Da sei immer die Diskussion dabei, wie könne der betroffene Ort davon profitieren. Zur Finanzierung der Schwimmhalle sagt er, die Dachsanierung sei kostenneutral und in dem Zuge werde man fast alle kommunalen Dächer in der Ortschaft Tangerhütte zur Verfügung stellen, um den Gegenwert einer Pacht, die man in einer Dachreparatur ummünze, zu finanzieren. Hier sei es so, dass man für den Strom, den man selber produziere, für 30 % weniger bekomme. Gleiche Überlegungen könne man für den kommunalen Wohnungsbestand anstellen. Hier hätte der Mieter noch etwas davon. Das seien unsere Möglichkeiten.

Frau Schleef habe den Ablauf der letzten Sitzung ziemlich daneben gefunden. Sie habe den Zeitungsartikel nicht verstanden und sie verstehe auch Frau Platte nicht, die in einem Schreiben vom 19.07. die Verwaltung als Verbrecher beschimpfte. Hier heiße es immer, wenn man angegriffen wird, müsse man das ertragen. Ihrer Meinung muss man nicht alles ertragen. Sie nennt ein Beispiel. Im letzten Hauptausschuss habe sie etwas gesagt und Herr Jagolski fängt an zu lachen. Der BM werde in einer Tour beschimpft, dass er lügt. Eben habe der BM gesprochen und Frau Platte unterhalte sich dabei. Das finde sie respektlos. Sie nennt noch weitere Beispiele und sagt, jeder müsse mehr Respekt und Anstand zeigen.

Herr Bartoschewski möchte auch etwas zu diesem Thema sagen. Eben sei die Aussage gefallen, es sei nicht beleidigend gewesen. Das sei korrekt aber um jemanden verbal zu verletzen, müsse man nicht beleidigend sein. In seiner Wahrnehmung sei das verletzend gewesen. Dass der BM sich vor seine Mitarbeiterin stellt, sei sehr gut aber die Lautstärke sei nicht im richtigen Rahmen geblieben. Deswegen gehe der Apell, um einen ordentlichen Umgang, an beide Parteien.

Des Weiteren spricht **Herr Bartoschewski** das Thema Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine an. Einige sind mittlerweile in unserer EGem angekommen. Auch er habe eine Familie aufgenommen. Er möchte ein ganz großes Kompliment an Frau Gebert aussprechen, die das in der Verwaltung betreut und sich dafür sehr einsetzt. Frau Gebert beantwortet auch nach 19:00 Uhr noch die Mails. Er gibt auch ein Kompliment an den Landkreis, dass das sehr gut mit der Meldung der Bürger funktioniere und mit dem Melden und Bereitstellen von Wohnräumen. Durch die Begleitung einer Familie seien ihm Probleme aufgefallen, worüber man im Rahmen der EGem reden könne und Vorreiter sein könnte. Ein Punkt wäre Arbeit. Die Leute wollen arbeiten, um etwas zurückzugeben. Hier gehe es darum, wie schaffe man eine Möglichkeit bzw. eine Plattform, wo regionale Unternehmen z.B. ihren Bedarf an Minijobs und Teilzeitarbeit anmelden. Damit die Leute, mit weniger Sprachkenntnis einen Zugang zur Arbeit finden.

Als Nächstes möchte **Herr Bartoschewski** wissen, wie geht die Kommune mit der Bereitstellung für die Betreuung der Kinder um? Darauf habe bisher der Landkreis noch keine konkrete Antwort. Es wäre wichtig, hier eine Klärung zu finden. Kinder gehören zu Kindern.

Herr Kinszorra stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste*. Zu den eben gestellten Geschäftsordnungsantrag sagt **Herr Jacob**, er wisse nicht wie er sich jetzt verhalten solle. Er habe z.B. bei diesen TOP die Möglichkeit des Schlusswortes, was er auch gern nutzen wolle und auf der Rednerliste stehen noch 2 SR'e, die auch noch etwas sagen wollen.

Zu der Aussage von Frau Schleef sagt **Frau Platte**, sie hoffe, dass sich Frau Schleef auch über die Zusammenhänge informiert habe. Für diese Äußerung habe sie sich schon entschuldigt.

Zur Rundumleuchte des Autos vom Gemeindearbeiter gibt **Frau Platte** an, dass sollte schon vor einem ½ Jahr gemacht werden. Das sei immer noch nicht passiert.

Weiterhin fragt **Frau Platte**, ob man sich nicht einmal mit der Leitstelle in Verbindung setzen könne. Beim letzten Sturm sei bei ihrem Nachbarn ein Baum umgekippt. Dann wurden zwei Wehren alarmiert. Es stehen 19 Kameraden rum und 2 bis 3 Kameraden arbeiten. Müssen für solche Einsätze alle rausfahren? Das kostet doch das Geld der EGem. Das könne sie nicht verstehen. Sie sei sich fast sicher, dass das nicht anders gehen werde. **Herr Brohm** antwortet, man sei froh, wenn alle Fw-Leute zum Einsatz kommen und dann möchten die Fw-Leute auch zum Einsatz fahren. Vielleicht könnten die Fw-Leute unter uns dies besser erklären. **Frau Braun** erklärt, hier gehe es um die Einsatzstärke. Ein Fahrzeug muss mit so und so viel Kameraden besetzt sein und erst dann, können die Kameraden zum Einsatz fahren. Die Leitstelle könne nicht einschätzen, wieviel Kameraden benötigt werden. Das sei Sache der Fw.

Als Nächstes spricht **Frau Braun** auch vom Verhalten. Sie selbst will sich da nicht von frei sprechen aber sie wurde wegen der SR-Sitzung am 11.03.2022 angesprochen. Die Gesellschafter haben diesen Termin am Freitag, den 04.03.2022, festgelegt. Es hätte klar sein müssen, dass dieser Termin notwendig gewesen sei. Am Freitag sei auch die Geschäftsführerin Frau Alex anwesend gewesen und sie (Frau Braun) sei froh gewesen, dass man beschlussfähig gewesen sei. Sie sei der Meinung, wenn man sich wählen lasse und wenn eine Gesellschafterversammlung diesen Termin form- und fristlos rechtmäßig anordne, dann habe man als SR die Pflicht zur Sitzung zu gehen. Sie selbst könne den Sarkasmus auch nicht ab und findet es nicht schön, wenn zu ihr gesagt wird, dein Luxus-Fw-Gerätehaus. Leider sei Frau Wittke so zurückhaltend und habe zu Förderungen usw. nichts gesagt, was sie hätte sagen können und müssen. Sie nennt noch weitere Beispiele des Verhaltens.

Des Weiteren verkündet **Frau Braun**, dass die Grundschule Tangerhütte keinen Schulsozialarbeiter bekomme. Sie habe heute mit dem Schulleiter gesprochen und sie hatte Frau Altmann gebeten, sich nochmal dahinter zu klemmen. Die Grundschule habe sich nicht rechtzeitig gemeldet. Die Entscheidung sei schon morgen. Sollten noch drei zusätzliche Stellen vom Land genehmigt werden, hätte die Grundschule Tangerhütte noch eine Chance.

Herr Kinszorra erinnert, dass man über seinen Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste, abstimmen hätte müssen. Wenn darüber eine andere Rechtsauffassung bestehe, möchte er, dass man dies bis zur nächsten Sitzung prüfe.

Herr Kinszorra fragt nochmal, ob sich Herr Jacob schon überlegt habe, evtl. in einer größeren Runde den Mitschnitt des Ausrastens verschiedener Leute von der letzten SR-Sitzung anzuhören, im Beisein der Pressevertreter. Damit man hier eine Sachlichkeit reinbekomme. Er selber habe keinerlei Probleme, wenn er in der VST oder in der ALZ mit seinem Namen zerrissen werde. Andererseits müsse man dann auch die Reaktion aushalten. **Herr Jacob** antwortet, er halte es für richtig, wenn viele SR'e zu diesem Punkt etwas sagen dürfen, damit jeder die Möglichkeit habe, an der Aussprache teilzunehmen. Er würde gern mit den Beteiligten, bevor er etwas öffentlich macht, miteinander sprechen.

Herr Jacob fragt Herrn Kinszorra, ob noch Herr D. Wegener, Herr Strube und Herr Jacob sprechen dürfen. **Herr Kinszorra** nickt. **Herr Jacob** fragt Herrn Kinszorra, ob er über seinen Geschäftsordnungsantrag eine Abstimmung wolle. **Herr Kinszorra** will eine Abstimmung. **Herr Jacob** bittet um Abstimmung des *Geschäftsordnungsantrages, Ende der Rednerliste*, und sagt, auf der Rednerliste stehen noch Herr D. Wegener, Herr Strube und Herr Jacob.

Abstimmung: 9xJa; 9x Nein; 3x Enthaltung

Mit dieser Abstimmung ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Herr D. Wegener findet die Äußerung von Frau Braun eine Frechheit. Bei fristgerechter Einladung sei seine Fraktion fast immer vollständig. Frau Braun ist heute in ihrer Fraktion wieder allein anwe-

send. Wenn man am Mittwoch erst informiert werde, dass freitags eine Sitzung ist, könne man nicht erwarten, dass man das hinbekomme. Das könne man vielleicht als Rentnerin oder wenn man keine Kinder habe, hinbekommen. Die gemachte Ausführung von Frau Braun lasse er nicht gelten, genau wie beim Geschäftsordnungsantrag. Als Herr Kinszorra seinen Geschäftsordnungsantrag gestellt habe, habe Frau Braun gleich wieder reingegrufen, dass gehe nicht. Das sei rechtlich nicht richtig. Jetzt gehe es mit einmal doch. Frau Braun bringt den Vorsitzenden durcheinander und dadurch die ganze Sitzung durcheinander.

Herr D. Wegener gibt an, in der Zeitung habe gestanden, dass was Herr Bartoschewski vorhin schon angesprochen habe und zwar, dass in Uchtdorf eine ukrainische Familie aufgenommen wurde. In Tangerhütte sollen auch schon ukrainische Familien eingezogen sein. Wie ist hier der Stand? Wieviel Familien sind schon da? Kommen demnächst noch mehr? **Herr Brohm** antwortet zur Hilfe, man könnte an info@tangerhuette.de eine Mail schreiben. Freitagmittag habe es einen Hilferuf aus dem Landkreis zu unseren möblierten Wohnungen gegeben. Unsere EGem habe es so organisiert, dass man 18 Leute in die an uns gemeldeten möblierten Wohnungen unterbringen konnte. Dies restlichen Ukrainer seien in die Wohnungen der Wohnungsgenossenschaft eingezogen. Es waren ca. 40 Ukrainer im Bus. Sachen, die nicht geklärt gewesen sind, wie z.B. kein Geld usw., habe man übers Wochenende, zusammen mit dem Netzwerk, geklärt. Herr Brohm gibt noch weitere Informationen (Splittung Sachspendenlager, Gutscheine für die Flüchtlinge, Herausforderung Kita und Schulen, fehlende Ausstattung wie z.B. Betten, fehlende Wohnungen, Paten fehlen usw.). Er informiert, dass sich das Netzwerk am 30.03.2022 das erste Mal treffen werde. Dazu sind alle herzlich eingeladen.

Herr Strube sei traurig über den bisherigen Verlauf der Diskussion, was das Verhältnis zwischen Verwaltung und SR betreffe. Hier fielen die Worte beleidigend oder verletzend. Er werde den Eindruck nicht los, dass man in schönster Regelmäßigkeit beides praktiziere. Das sei für seine Begriffe, völlig unter der Gürtellinie und unzulässig. So etwas werde er nie praktizieren, weil es ihm weh tue, wenn Menschen so angegriffen werden, wie es hier in schönster Regelmäßigkeit passiere. Er werde an solche Mitschnitte nicht dran teilnehmen und er habe gedacht, dass man sich heute ein Herz nehme und ein Beispiel ab gebe, wie man es besser machen könne. Aber nein, heute ist es im Prinzip wieder genauso gelaufen. Es gebe einen Angriff und einen Gegenangriff.

Zum Thema Flüchtlingshilfe sagt **Herr Strube**, dass die Verwaltung in den letzten Tagen sehr viel geleistet habe und er möchte ganz besonders Frau Gebert erwähnen. Frau Gebert opfert sich ohne Ende auf. Man könne zu ihr kommen, wann man will und wenn es Mitternacht sei. Seine Frau und er betreuen auch eine Familie und zwei weitere einzelne Personen. Er informiert über den Aufwand, den man hab und er ruft auf, zu helfen.

Herr Jagolski bittet den SR-Vorsitzenden, zu prüfen, ob der Geschäftsordnungsantrag in diesem TOP richtig gewesen ist. **Herr Jacob** wird es prüfen.

Herr Bartoschewski möchte seine Aussage zu unentgeltlichen Tätigkeit korrigieren. Mit unentgeltlicher Tätigkeit meinte er z.B., in der Sammelstation in Tangerhütte freiwillig mitzuhelfen (ehrenamtliche Tätigkeit). Das Kita-Problem könne man später besprechen. Das sei sehr komplex.

Herr Jacob möchte im Namen des SR'es allen, die sich engagieren und den Flüchtlingen helfen den Dank aussprechen. In Europa hatte man nach dem 2. Weltkrieg so eine Situation noch nicht gehabt. Die Hilfe sei notwendig. Die Solidarität sei auf allen Gebieten überragend, nicht nur in unserer EGem, sondern in der gesamten Bundesrepublik und in Europa.

Zum Schluss möchte **Herr Jacob** noch etwas zu der vorhandenen Situation (SR, Verwaltung) sagen. „So wie sich hier jeder Einzelne verhalte, werde nach außen wahrgenommen. Egal, wen ich anspreche und wenn ich mit dem Finger irgendwo hinzeige, vier Finger immer zu mir zurückkommen. D.h., alle man müssen wir uns ganz einfach mal bewusst sein, dass so wie wir angesprochen werden, so wie wir sozusagen behandelt werden möchten, sollten wir auch die Anderen behandeln. Mir gehe es nicht darum, zu sagen, der hat und der hat und der hat, aber wenn Herr Brohm das anspricht, hat er Recht. Herr Brohm, ich sehe das so, dass sie genauso wie ich hier verantwortlich sind, wie wir uns hier verhalten. Und bitte stellen sie sich vor, sie haben an dem Tag, wo sie leider ausfallend geworden sind, gesagt, ich soll meine Arbeit machen. Das war eine Kritik an mich. Die muss ich mir ganz einfach gefallen lassen. Jetzt stellen sie sich mal vor, ich hätte angefangen zu weinen und mein Fraktionsvorsitzender hätte sie dann angeschrien. Das kann doch nicht sein. Wir müssen doch ein bisschen professioneller miteinander umgehen. D.h., ich verlange von jedem Einzelnen, dass er sachlich und, das ist ganz wichtig, respektvoll mit dem anderen umgeht. Und wenn ich in die Verwaltung komme und mit Herrn Brohm eine Absprache treffe und wir beide untereinander

der sind, dann könne wir uns über den und den und den austauschen. Da habe ich überhaupt kein Problem mit und das werde ich auch nicht weitergeben, weil das manchmal auch persönliche Sachen sind, die aus der Situation heraus sind. Wenn ich aber in der Verwaltung, vor den Mitarbeitern der Verwaltung, hören muss, wie dämlich sich der SR verhält oder wie das gemacht wird oder wie dies gemacht wird, trägt das nicht dazu bei, dass wir beide professionell und sachlich miteinander umgehen, auch dem SR gegenüber oder der Verwaltung gegenüber. Wir alle, das meine ich wirklich so wie das ist, sind Menschen, auch mit Emotionen und ich habe keine Probleme, wenn hier jemand mal Emotionen zeigt. Ich habe ein gutes Beispiel. Wir hatten hier mal einen Kollegen, der hat zum anderen Kollegen gesagt, „Arschloch“. Das ist ihm so rausgerutscht, emotional. Der war sich nicht zu fein dafür. Wir haben miteinander telefoniert, wie kriegen wir das hin. Da habe ich gesagt, pass auf, da gehst du ganz einfach hin und entschuldigst dich. Da brauchten wir hier im SR keine große Aussprache und ein Haufen Theater, sondern der hat das so gemacht und hat gesagt, es tut mir leid, das ist mir so rausgerutscht. Das gehört sich nicht und dafür bitte ich um Entschuldigung. Und sein Gegenüber hat gesagt, dann ist das für mich erledigt. Das nenne ich respektvoll miteinander, wenn so etwas mal passiert. Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn mal was rausrutscht, Herr Brohm. Dann muss man aber auch sagen, ich bin Hauptverwaltungsbeamter und das darf mir so nicht passieren, Sorry. Dann ist das ok. Wenn ich das von anderen verlange, muss ich das aber vorleben. Ich möchte das und das betone ich nochmal, nicht nur auf sie beziehen, Herr Brohm aber ich kann sie da auch nicht ausschließen. Wie wir uns hier verhalten, das müssen wir vorleben, jeden Einzelnen und nicht nur mit dem Finger auf den Anderen zeigen. Das habe ich dazu zu sagen. Vielen Dank.“

Herr Jacob beendet 21:55 Uhr den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Öffentlicher Teil

TOP 13: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Jacob stellt die Öffentlichkeit wieder her.

TOP 14: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

In der nichtöffentlichen Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst.

TOP 15: Schließung der Sitzung

Herr Jacob schließt 22:06 Uhr die Sitzung.

Fertiggestellt am: 06.04.2022

Anlage 1 zum TOP 7

Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte

Der Bürgermeister

Bellingen | Birkholz | Bittkau | Briest | Brunkau | Cobbel
Demker | Elversdorf | Grieben | Groß Schwarzlosen
Hüselitz | Jerchel | Kehnert | Klein Schwarzlosen
Lüderitz | Mahlpfuhl | Ottersburg | Polte | Ringfurth
Sandfurth | Scheeren | Schelldorf | Schernebeck
Schleuß | Schönwalde | Sophienhof | Stegelitz
Tangerhütte | Uchtdorf | Uetz | Weißewarte | Windberge

EGem Stadt Tangerhütte, Bismarckstraße 5, 39517 Tangerhütte

Bürgermeister

Stadtrat der EGem Stadt Tangerhütte

Auskünfte erteilt: Herr Brohm

Zimmer: 17
Telefon: 03935 9317 – 50
Fax: 03935 9317 – 14
Email: a.brohm@tangerhuette.de
(nur für formlose Mitteilungen ohne
elektronische Signatur)

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen, unsere Nachricht vom

Datum
24.02.2022

Änderungsantrag zur BV 669/2021 und 670/2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der aktuellen Beratung o.g. Beschlüsse stellt die Verwaltung nachstehende Änderungsanträge zur Anpassung des Stellenplans.

1. Schaffung einer Stelle Gemeindeführer/in
2. Schaffung einer Stelle Freibad/Bauhof Bereich Lüderitz
3. Schaffung einer Stelle Bauhof Bereich Elbe

Begründung:

Zu 1

Wunsch war es hier eine verlässliche Führungsstruktur in der FFW aufzubauen. Nach Erfahrungen der vergangenen Jahre, ist hier in Vorberatungen mit den Gremien und der Feuerwehren die Idee entstanden, dies mit einer hauptamtlichen Stelle aus dem Ehrenamt herauszulösen.

Zu 2

Um die Öffnung des Freibades Lüderitz zu sichern, sind vor Ort neue Strukturen erforderlich. Aus persönlichen Gründen ist es den Kollegen vor Ort nicht mehr möglich in der Saison jedes Wochenende dienstlich abzusichern. Durch den Aufbau einer veränderten Struktur kann Sicherheit für das Freibad geschaffen werden und gleichzeitig dem Wunsch nachgekommen werden, mehr Personalstärke in die Aufgaben Bauhof – Bereich Lüderitz – gegeben werden.

Zu 3

Die bisher beschäftigten Gemeindeführer Kehnert und Ringfurth/Sandfurth haben Ihre Anstellungsverhältnisse gekündigt. Neue Anstellungsverhältnisse auf geringfügiger Basis erscheinen insbesondere vor dem Hintergrund der Mindestloohnerhöhung für nicht zielführend. Ebenfalls wird im Bereich Grieben mehr Personalstärke gewünscht. Der Umstand der Kündigung der Mitarbeiter soll hier durch die Schaffung einer weiteren Stelle im Bereich Elbe Rechnung getragen werden. Gleichzeitig besteht somit die Möglichkeit, den vorhandenen Bereich Grieben zu stärken.

Hausanschrift:
Bismarckstraße 5
39517 Tangerhütte
Telefon: 03935 9317 – 0
Fax: 03935 9317 – 13

Sprechzeiten:
Dienstag 09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr
Donnerstag 09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr
Freitag 09.00 - 12.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Bankverbindungen:
Kreissparkasse Stendal (BIC NOLADE21SDL)
IBAN: DE18 8105 0555 3071 03001 61
Volksbank Stendal (BIC GENODEF1SDL)
IBAN: DE94 8109 3054 0000 1212 31



Anlage 2 zum TOP 8

Abstimmung Änderungsanträge, s. Liste:

Protokoll der Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Zusammenstellung Änderungsanträge für Beratung

ifd. Nr.	Einbringer	Bezeichnung	Hinweis Verwaltung	ja	nein	Enthaltung	Ergebnis
1	SR Schultz	Treppe Gutschaus Jerchel	finanzielle Mittel fehlen dafür	0	11	8	
2	SR Schultz	Gehweg Jerchel (60m*0,8m)*25 €	finanzielle Mittel fehlen dafür	3	11	6	
3	SR Schultz	Straßenbeleuchtung Siedlungsweg (100m)	finanzielle Mittel fehlen dafür	13	6	1	
4	WG Zukunft	kein Doppelhaushalt	Doppelhaushalt würde Entlastung schaffen um Jahresabschlüsse und Umsatzsteuer 2 b festgerecht durchzusetzen (dies sind nur zwei große Themen für 2022) 2 Jahre Coronapandemie hat viele Aufgaben nach hinten fallen lassen	18	1	1	
5	WG Zukunft	keine Grundsteuererhöhung	für 2025 vorzusehen, da sonst Konsolidierungsziel derzeit nicht zu erreichen - ggf. in 2025 anders zu finanzieren	18	0	2	
6	WG Zukunft	keine Kostenbeitragsanhebung	ist nicht mehr im Haushalt vorgesehen				
7	WG Zukunft	Streichung QM Kita	gesetzlich gefordert und somit auch umzusetzen, es werden weitere Auflagen in diesem Rahmen aus dem SGB kommen (in Sitzung SA wurde informiert) die avisierten Kosten des Dienstleisters stehen in einem angemessenen Nutzenverhältnis und sind vergleichsweise günstig	9	9	2	
8	WG Zukunft	Streichung WKA Cobbel	ist lediglich die Erweiterung einer bestehenden Windanlagenfläche, die Geld für die Egem bringen würde - die Erweiterung ist nicht Türöffner für weitere Windkraftanlagen Richtung Tangertütte	13	4	3	
9	WG Zukunft	IGEKE	finanzielle Mittel fehlen dafür, u.U. nicht mehr zeitgemäß, Flächennutzungsplan wäre zielführender	14	4	2	
10	WG Zukunft	zusammengefasster Maßnahmenplan	gesetzlich nicht zulässig	4	14	4	
11	WG Zukunft	Streichung HKK Maßnahme 78	lediglich die Gründungskosten der GmbH sind Teil der Haushaltsplanungen				
12	OR Bittkau	OR Bittkau - Stelle Jugendclub	finanzielle Mittel fehlen dafür	6	9	7	
13	WG Altmark/Eibe	keine Steuererhöhung (analog Ifd. Nr. 5)	siehe 5				
14	WG Altmark/Eibe	Personal für JC: <i>zurzeit 2022</i>	bei beide neuen Jugendclubs sind Personalkosten eingeplant				
15	WG Altmark/Eibe	IGEKE (analog Ifd. Nr. 9)	siehe 9				
16	WG Altmark/Eibe	SWG Instandhaltungspauschale 9,-€ <i>wie man bestanden Stelle</i>	finanzielle Mittel fehlen dafür, aktuell werden Planungen für Investitionsmaßnahmen erarbeitet, die dann außerhalb des Haushaltes ggf. zu finanzieren wären	20	0	2	
17	OR Uetz	Aufnahme Ratweg <i>z.v. Uebel-Netz</i>	diese Maßnahme kann in der Investitionsliste aufgenommen werden, aktuell nicht mit Mitteln hinterlegt, alternative Finanzierungen wären dann zu klären	6	14	2	
18	Verwaltung	Schaffung Stelle GWL <i>Edwin</i>		16	2	4	
19	Verwaltung	Schaffung Stelle Freibad/Bauhof Luderitz		18	0	4	
20	Verwaltung	Schaffung Stelle Bauhof Bereich Eibe		19	0	3	
		<i>21 Frau B. dem</i>		12	5	5	
		<i>F-Rath Hausfrau 2022</i>					

